



Christine Lambrecht

Mitglied des Deutschen Bundestages
Rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: „Kürzung der Mittel für Gebäudesanierung geht genau in die falsche Richtung“

Kleine und mittelständische Betriebe wären genauso wie die Mieter die Opfer

Berlin/Viernheim, 09. Juni 2010 – Mit scharfen Worten hat die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht auf die Ankündigung von Bundesbauminister Ramsauer reagiert, die Mittel für die Förderung von energetischer Gebäudesanierung um 50% zu kürzen. „Mit dieser Kürzung würde die Bundesregierung ein wirtschaftliches Zukunftsfeld zerstören und die Konjunktur abwürgen. Das geht genau in die falsche Richtung. Kleine und mittelständische Betriebe wären genauso wie die Mieter Opfer dieser Sparorgie“, so Lambrecht.

„Für Wohnungsunternehmen sind die Programme zur Gebäudesanierung ein wichtiger Anreiz, eigenes Geld in die energetische Sanierung ihrer Bestände zu investieren“, so Christine Lambrecht. „Bereits für 2010 wurden die Mittel um rund 700 Millionen gegenüber 2009 gekürzt. Dies führt bereits in 2010 dazu, dass zur Jahresmitte nicht mehr genug Gelder für energieeffizientes Sanieren zur Verfügung stehen. Eine neuerliche Kürzung droht die energetische Sanierung völlig zum Erliegen zu bringen“. Gerade im Kreis Bergstraße haben sich viele Handwerker in diesem Bereich spezialisiert. „Diese Sparorgie wird deshalb gerade im Kreis Bergstraße viele Unternehmen treffen und Arbeits- und Ausbildungsplätze gefährden“, betonte Christine Lambrecht.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages
Rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Gerade die Förderung der energetischen Gebäudesanierung hat einen besonders hohen Multiplikatoreffekt: Allein im letzten Jahr hat hier ein Euro öffentliche Förderung rund 9 Euro an Investitionen bewirkt. In 2009 sind so rund 617.000 Wohnungen gefördert und rund 290.000 Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen worden. "Die Bundesregierung schneidet sich mit dieser unüberlegten Streichorgie ins eigene Fleisch", so Lambrecht. "Sinkende Fördermittel und steigende Anforderungen bei den Energiestandards sind kontraproduktiv und unsinnig. Klimaschutz braucht angemessene Förderung, sonst ist er wirtschaftlich schlichtweg nicht mehr zu schultern".

Lambrecht stellte klar: „Da die Fördermittel für die energetische Modernisierung über die Miete an die Bewohner weitergegeben werden und zu sinkenden warmen Betriebskosten führen, sind insbesondere einkommensschwache Haushalte negativ von den Streichungen betroffen. Die SPD fordert das BMVBS dringend auf, die Kürzungspläne zurückzunehmen“.